



Abklärung Fusion

GEUENSEE KNUTWIL MAUENSEE SURSEE

Medienmitteilung (Sperrfrist, 21. 9. 2011, 10.00 Uhr)

Abklärung Fusion Geuensee, Knutwil, Mauensee und Sursee Abstimmen März 2012, umsetzen Januar 2013

Die Projektsteuerung des Abklärungsprojektes Fusion Geuensee, Knutwil, Mauensee und Sursee hat entschieden, dass die Bevölkerung am 11. März 2012 über die Fusion abstimmen wird. Bei einem Ja würde das neue Gemeindegebilde auf den 1. Januar 2013 umgesetzt. Dieser Zeitpunkt bringt diverse Vorteile.

Wird die Fusion Geuensee, Knutwil, Mauensee und Sursee am 1. Januar 2013 umgesetzt, so gelangen jährlich rund 1 Mio. Franken mehr in die fusionierte Gemeinde, als wenn die Fusion ein Jahr später umgesetzt würde - und dies während 12,5 Jahren. Grund dafür ist die Revision des Finanzausgleichs auf den 1. Januar 2013, die einen Systemwechsel mit massiven Auswirkungen auch auf Fusionen mit sich bringt. Mit diesem Betrag kann in der neuen Gemeinde der Steuerertragsausfall von ca. 640 000.- Franken (Senkung des Steuerfusses von Geuensee, Knutwil und Mauensee auf das Niveau von Sursee) wett gemacht werden. Allein durch die sogenannte "Besitzstandwahrung" würde demnach die Fusion finanziell gewinnen. Noch nicht eingerechnet in die 1 Mio. Franken ist der Synergiegewinn aus der Neuorganisation von Behörden und Verwaltung; auch nicht eingerechnet ist der Kantonsbeitrag. Alle diese Gelder will sich die Projektsteuerung sichern.

Mit Kantonsbeitrag wird gerechnet

Die Projektsteuerung geht von einem Fusionsbeitrag aus, nachdem dieser vom Regierungsrat in diversen Gesprächen zugesichert worden ist. Letzte Woche hat die Regierung die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Vorlage "Fusionsbeiträge und kommunale Zusammenarbeit" kommuniziert. Die Kantonsbeiträge an Fusionen werden darin neu geregelt. Die Vorlage fand breite Akzeptanz und wird voraussichtlich Ende 2012 der Bevölkerung zur Abstimmung unterbreitet.

Danach stünde dem Projekt GKMS ein Kantonsbeitrag zwischen 7-11 Mio. Franken zu. Der Kantonsbeitrag ist zum Zeitpunkt der Fusionsabstimmung vom 11. März 2011 noch nicht gesichert; unsicher ist heute, ob dieser auf den Zeitpunkt 1.1.2014 festliegen wird. Aus diesen Gründen will sich die Projektsteuerung auf die Gelder aus dem Besitzstand konzentrieren. Sie wird sich für den Kantonsbeitrag aktiv einsetzen, wenn die definitive Gesetzgebung beim Kanton vorliegt.

Projekt zu Ende führen

Neben dem finanziellen Aspekt fusst der Entscheid für ein speditives Vorgehen auch auf weiteren wichtigen Überlegungen. Im kommenden Jahr stehen die Gemeinderatswahlen an. Verschiedene Gemeinderäte aus den vier Gemeinden haben ihren Rücktritt bereits angekündigt. Im Sinne des Fusionsprojekts wären viele bereit, ihr Amt bis zum 31. Dezember 2012 verlängern zu lassen. Damit könnte das bewährte Team, das bisher die Fusionsabklärungen geführt hat, die Arbeit zu Ende führen. Die neuen Gemeinderäte würden im September 2012 gewählt, egal ob der Fusion zugestimmt worden ist oder nicht. Im Falle eines Ja zur Fusion könnten sie ihr Amt termingerecht am 1. Januar 2013 antreten. Ein Gesuch um Amtszeitverlängerung ist gemeinsam mit dem Gesuch um einen Fusionsbeitrag beim Regierungsrat eingereicht.

Für die Bevölkerung ändert sich wenig

Für die Bevölkerung bringt die Terminanpassung im Fusionsprojekt kaum Veränderungen. Wie ursprünglich geplant, wird im Jahr 2012 über die Vereinigung der vier Gemeinden abgestimmt, jedoch ein halbes Jahr früher. Die Vernehmlassung zum Schlussbericht wird anfangs November 2011 gestartet. Ein Konzept für eine intensive Informationstätigkeit ist erarbeitet.

Die Projektsteuerung erachtet das kompakte Vorgehen grundsätzlich als Vorteil, weil sie den ursprünglichen Zeitplan von beinahe zwei Jahren bis zur Umsetzung der Fusion als zu lang einschätzt. Diesen Herbst finden die Verhandlungen mit dem Regierungsrat bezüglich des Kantonsbeitrags statt, so dass Ende 2011 die Abklärungen im Projekt GKMS abgeschlossen werden können. Die Abstimmung fände Ende 2012 statt, die Umsetzung auf den 1.1.2014. Die Auseinandersetzung mit der Thematik Fusion über eine so lange Zeitspanne sei der Bevölkerung nicht zumutbar, meint die Projektsteuerung. Zudem müssten innerhalb eines Jahres fünf Gemeinderatswahlen durchgeführt werden: 2012 die ordentlichen Gemeinderatswahlen in allen vier Gemeinden und 2013 die Gemeinderatswahl in der fusionierten Gemeinde.

Auf Bestehendem aufbauen

Von der vorgezogenen Umsetzung der Fusion auf den 1. Januar 2013 sind vor allem die Verwaltungen in Geuensee, Knutwil, Mauensee und Sursee betroffen. Abklärungen der Projektsteuerung bei einem Fusionsprojekt ähnlicher Art haben ergeben, dass die Umsetzung einer Fusion in gut neun Monaten möglich ist, wenn deren Komplexitätsgrad so tief wie möglich gehalten wird. Aus diesem Grund wurde beschlossen, so weit wie möglich auf Bestehendem aufzubauen. Für den Fusionsvertrag wird deshalb von der Gemeindeordnung und Organisation der Verwaltung Sursee ausgegangen. Nach der Vereinigung muss eine neue Gemeindeordnung zusammen mit der Bevölkerung der fusionierten Gemeinde erarbeitet werden.

Teilbereiche später umsetzen

Nicht alle Bereiche der Verwaltung müssten bis 1. Januar 2013 zusammengeführt sein. Zu den Muss zählen die Wahl der neuen Behörden, Festlegung der Gemeindeordnung und Verwaltungsorganisation, Klärung personalrechtlicher Fragen, das Budget der neuen Gemeinde, Ortstafeln, Postleitzahl usw. Später könnten festgelegt werden: die Zusammenführung von Schulen, Spitex, Werkhof, Anpassung von Reglementen und Gebühren, Wappen usw. Für die Umsetzung sollen die Verwaltungsmitarbeitenden Unterstützung durch eine erfahrene Projektleitung erhalten.

Gemeinderat Geuensee
Gemeinderat Knutwil
Gemeinderat Mauensee
Stadtrat Sursee

Kontakt: Rainer Bachofner, Präsident der Projektsteuerung GKMS,
Mail info@marketing-factory.ch, Tel. 041 922 18 27.